

Katastrophenschutz | 18.07.2025 | Nr. 193/25

Wiebke Zweig: Europäische Stärkung des Katastrophenschutzes ist Gewinn für Schleswig-Holstein

Ein wichtiger Impuls für die Krisenvorsorge in Europa und in Schleswig-Holstein: Die Europäische Kommission hat gestern (17.07.2025) eine umfassende Reform des EU-Katastrophenschutzmechanismus vorgestellt. Mit rund 11 Milliarden Euro soll der Zivilschutz europaweit ausgebaut und um eine strukturierte Gesundheitsvorsorge ergänzt werden. Wiebke Zweig Sprecherin für Katastrophenschutz begrüßt den Vorstoß ausdrücklich:

„Die Zahl und die Intensität von Krisen nimmt stetig zu. Der Vorschlag der EU-Kommission zeigt, dass Europa gewillt ist, aus vergangenen Krisen wie Hochwassern, Dürren, Pandemien oder politischen Konflikten zu lernen. Das ist gut für den gemeinsamen Bevölkerungsschutz – und ein echter Mehrwert auch für Schleswig-Holstein“, so Zweig.

Zentrale Bestandteil der Reform sind der Aufbau eines europäischen Crisis Coordination Hub, eine stärkere Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Akteuren sowie gezielte Investitionen in medizinische Notfallvorräte und nationale Kapazitäten. Auch ehrenamtliche Strukturen, die Zivilgesellschaft und der private Sektor sollen stärker in die Krisenprävention einbezogen werden.

„Als CDU setzen wir uns konsequent für einen leistungsfähigen Bevölkerungsschutz auf allen Ebenen ein. Es braucht gut koordinierte Strukturen – lokal, national und europäisch. Dass die EU hier nun stärker mitgestaltet, ohne in nationale Zuständigkeiten einzugreifen, ist ein richtiger und wichtiger Schritt“, so Zweig weiter.

Als Lehre aus der Corona-Pandemie legt die Reform ein besonderes Augenmerk auf die Verknüpfung von Katastrophenschutz und Gesundheitsvorsorge. Für die Fachsprecherin ist das ein notwendiger Perspektivwechsel: „Krisen machen nicht an Landesgrenzen halt. Es ist daher höchste Zeit, Gesundheitsschutz und Katastrophenschutz gemeinsam zu denken und gezielt in widerstandsfähige Strukturen zu investieren.“

Die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag setzt sich seit langem für eine moderne und resilient aufgestellte Gefahrenabwehr ein. In diesem Zusammenhang sei es laut Zweig nun wichtig, dass Bund und Länder die geplanten EU-Initiativen konstruktiv begleiten und eigene Strukturen anschlussfähig gestalten: „Wir haben in Schleswig-Holstein leistungsfähige Einheiten im Katastrophenschutz.“

Diese müssen bestmöglich eingebunden, vernetzt und unterstützt werden. Europa kann hier mit kluger Koordination und gezielter Förderung einen entscheidenden Beitrag leisten.“

Die Reformvorschläge der Kommission gehen nun in das europäische Gesetzgebungsverfahren. Ziel ist ein gestärkter, krisenfester EU-Katastrophenschutz, der schnelle Hilfe leisten kann – nicht nur bei Naturkatastrophen, sondern auch bei gesundheitlichen und geopolitischen Großlagen.